

Berset will eine faire Reform

Vortrag des Innenministers zur «Altersvorsorge 2020»

nic. · Bundesrat Alain Berset hat am Mittwochabend in Zürich seine Visionen in der Altersvorsorge erläutert. An einer Veranstaltung der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt er fest, dass der Zeitgeist heute ein anderer sei als bei der Einführung der AHV 1948. Die Gesellschaft sei individualistischer und egoistischer geworden, die Solidarität unter den Generationen stehe unter Druck. Dennoch zeigte sich der Vorsteher des Innendepartements optimistisch, eine gute Lösung für eine Rentenreform zu finden. «Wir haben Zeit, nicht zu viel, aber wir haben noch Zeit», sagte er im Kunsthaus vor rund 200 Personen, darunter zahlreiche aktive und ehemalige Regierungsräten. Das klare Ziel der Reform sei der Erhalt des Rentenniveaus.

In seinem Vortrag wiederholte Berset im Wesentlichen die Leitlinien seines Vorhabens, die der Bundesrat bereits am 21. November publik gemacht hatte. Eine erfolgreiche Reform, die eine politische Chance haben soll, muss demnach realistisch, fair und sorgfältig sein. Die Situation auszusitzen, sei hingegen keine Option. Berset erinnerte an die IV, bei der die Politik erst mit einer Notfallübung reagiert habe, als die Schulden bereits 15 Milliarden Franken betragen. «Genau das will ich bei der Altersvorsorge verhindern», sagte er. Deswegen müssten die Probleme der AHV und der Pensionskassen rechtzeitig mit einem mehrheitsfähigen Paket gelöst werden.

Kritik aus dem Publikum erntete der Bundesrat für seinen Plan, das Rentenalter auch für Frauen auf 65 Jahre anzuheben. Diese Erhöhung sei im Rahmen einer Gesamtsicht jedoch nötig, wenn die demografische Herausforderung gemeistert werden solle, entgegnete Berset. Zu Drohungen aus der eigenen Partei, gegen Bertsens Rentenreform das Referendum zu ergreifen, sagte der SP-Bundesrat, es sei normal, dass zu Beginn eines solchen Prozesses jeder seine Wunschliste vortrage: «Wir sind schliesslich in der Adventszeit.» Als problematisch erachten würde er hingegen, wenn jemand die Reformpläne grundsätzlich blockieren wollte. Dies sei derzeit aber nicht der Fall, ist er überzeugt.